LÜDINGHAUSEN

Niederschrift
(öffentlicher Teil)

über die 6. Sitzung des Stadtrates vom
24.02.2015

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Bürgermeister Richard Borgmann

Die Sitzung fand im Kapitelsaal der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:30 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Stadtrat beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung*:*

Öffentlicher Teil:

1. Bausteine des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) im Rahmen der Regionale 2016 / Regionale-Gesamtprojekt WasserBurgenWelt
   hier: Bereitstellung der zur Umsetzung erforderlichen finanziellen Mittel
   Vorlage: FB 3/158/2015
2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Neustraße - Gesundheits-Campus"
   Vorlage: FB 3/154/2015
3. Wahl eines/einer Beigeordneten
   - Durchführung des Ausschreibungsverfahrens
   Vorlage: FB 1/404/2015

. Bereitstellung von Geldern für die Planung der Tüllinghofer-Straße sowie der Einrichtung der naturwissenschaftlichen Räume in der Sekundarschule

4. Berichte
5. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

6. Straßensanierung im Baugebiet "Rott-Nord" in Lüdinghausen
   hier: Auftragsvergabe
   Vorlage: FB 3/152/2015
7. Berichte
8. Anfragen

Öffentlicher Teil:

TOP 1) Bausteine des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) im Rahmen der Regionale 2016 / Regionale-Gesamtprojekt WasserBurgenWelt hier: Bereitstellung der zur Umsetzung erforderlichen finanziellen Mittel Vorlage: FB 3/158/2015

Zu Beginn der Sitzung weist Bürgermeister Borgmann auf die Erweiterung der Tagesordnung hinsichtlich des Tagesordnungspunktes 6 „Straßensanierung im Baugebiet „Rott-Nord“ in Lüdinghausen“ hin.
Daraufhin beantragt Stv. Möllmann, die Tagesordnung dahingehend zu erweitern, dass der Rat heute die Möglichkeit habe, die in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss beschlossenen Gelder für die Planung der Tüllinghofer Straße sowie die Planung für die Naturwissenschaftlichen Räume in der künftigen Sekundarschule bereits heute freizugeben.
Stv. Möllmann begründet seinen Antrag damit, dass er mit diesen freigegebenen Geldern der Verwaltung einen zeitlichen Vorsprung ermöglichen wolle, um mit den Planungen mit der Sekundarschule an der Tüllinghofer Straße weiter fortzuschreiten.
Bürgermeister Borgmann stellt fest, dass dies als Antrag zur Erweiterung der Tagesordnung zu verstehen ist und dieser Antrag des Stv. Möllmann unter dem TOP 3a der Sitzung des Stadtrates behandelt werde, sofern der Rat sich für die Erweiterung der TOP ausspreche.
Bürgermeister Borgmann lässt darauf über beide Erweiterungsanträge der Tagesordnung abstimmen.

-einstimmig-

Bürgermeister Borgmann leitet in den TOP ein. Hierbei teilt dieser mit, dass der Verwaltung ein umfassender Brief (Anlage 1) der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zugegangen sei und bittet Stv. Grundmann um Erläuterung.
Stv. Grundmann erläutert daraufhin dem Rat den angesprochenen Brief an die Verwaltung.
Insbesondere beantragt die Fraktion Bündnis90/Die Grünen, den Beschluss gemäß dem angesprochenen Brief anzupassen, um damit die Erhaltung der historischen Kulturlandschaft im Planungsgebiet zu betonen.

Sollte die Änderung des Beschlussvorschlages nicht vom Rat beschlossen werden, schlägt Stv. Grundmann vor, den erweiterten Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass die im Brief aufgelisteten Anmerkungen von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Rahmen eines separaten Beschlusses („Die Anmerkungen zum Masterplan Stadtlandschaft vom 27.01.2015 werden vom Rat begrüßt und als Grundlage für die weiteren Betrachtungen betrachtet.“) festzuhalten seien.

Darauf stellt Herr Steenweg die Ansichten der Verwaltung anhand der beigefügten Power-Point-Präsentation vor (Anlage 2).

Stv. Suttrup stellt klar, dass es der Wunsch aller sei, die historische Kulturlandschaft zu erhalten, sodass dieser Passus nicht in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden soll.
Stv. Schäfer weist darauf hin, dass die Stadt ein Problem mit der Förderfähigkeit des Projektes bekommen könne, sofern der Beschluss geändert werde.
Aus diesem Grund werde die FDP-Fraktion dem veränderten Beschlussvorschlag nach Wunsch der Fraktion Bündnis90/Die Grünen nicht zustimmen.
Stv. Spiekermann-Blankertz erklärt, dass er die Skepsis der Fraktion Bündnis90/Die Grünen ernst nehme, da er sich frage, inwiefern der Stadtrat noch Einfluss auf die weiteren

Planungen haben werde, wenn noch Abstimmungsbedarf zwischen der Stadt und der Bezirksregierung bestehe.
Herr Steenweg erklärt, dass das Wegenetz bereits festgelegt sei, jedoch im Bereich der Gehölzmaßnahmen die Stadt viel Spielraum habe.
Stv. W. Kortmann erklärt, dass es in seinen Augen das Problem sei, dass der Rat zwar stets betone, dass die historische Kulturlandschaft erhalten bleiben solle, jedoch dies keineswegs in einem Beschlussvorschlag festgehalten worden sei.
Sollte der Passus des Erhaltens der historischen Kulturlandschaft nicht im Beschluss festgehalten werden, ist dies laut Stv. W. Kortmann das KO-Kriterium, warum die Fraktion Bündnis90/Die Grünen diesem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde.
Stv. Voss-Uhlenbrock erklärt, dass seine Fraktion vollstes Vertrauen in die weiteren Planungen sowie das Verfahren habe.
Er verweist insbesondere auf den hervorragenden Eindruck des Büros JKL bei den bisherigen Vorstellungen hinterlassen hat.
Stv. Kehl erklärt, dass, sofern ein separater Beschluss zur Erhaltung der historischen Kulturlandschaft getroffen werde, die UWG-Fraktion diesen mittragen werde.

Bürgermeister Borgmann lässt daraufhin über den 1. Änderungsvorschlag des Stv. Grundmann, gemäß dem Brief an die Verwaltung, abstimmen.

Beschlussvorschlag:
Der Umsetzung und Finanzierung der nachfolgend aufgeführten Bausteine des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) wird, vorbehaltlich der Förderfähigkeit, zugestimmt.

a) Regionale Projekt WasserBurgenWelt/Stadtlandschaft bis zu einer Investitionshöhe von max. 6.090.000 €. Der Auftrag zu Ausführungsplanung wird an das Büro JKL unter der Bedingung vergeben, dass die historische Kulturlandschaft im Planungsgebiet erhalten bleibt. Die in der anliegenden Begründung aufgelisteten Anmerkungen zum Masterplan sind Bestandteil des Beschlusses. (Anlage 1)
b) bis j) unverändert

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	23
Enthaltungen:	5

Danach lässt Bürgermeister Borgmann über den 2. Änderungsvorschlag des Stv. Grundmann, deren Zusatz auf den Erhalt der historischen Kulturlandschaft reduziert worden ist abstimmen.

Beschlussvorschlag:
Der Umsetzung und Finanzierung der nachfolgend aufgeführten Bausteine des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) wird, vorbehaltlich der Förderfähigkeit, zugestimmt.

a) Regionale Projekt WasserBurgenWelt/Stadtlandschaft bis zu einer Investitionshöhe von max. 6.090.000 €. Der Auftrag zu Ausführungsplanung wird an das Büro JKL unter der Bedingung vergeben, dass die historische Kulturlandschaft im Planungsgebiet erhalten bleibt.
b) bis j) unverändert

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	17
Enthaltungen:	11

Zuletzt stimmt der Rat über den von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschlussvorschlag ab.

Beschluss:
Der Umsetzung und Finanzierung der nachfolgend aufgeführten Bausteine des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) wird, vorbehaltlich der Förderfähigkeit, zugestimmt:

a) Regionale Projekt WasserBurgenWelt / Stadtlandschaft bis zu einer Investitionshöhe von maximal 6.090.000 €
b) Marktplatzumbau (inkl. der an die Stadtlandschaft anbindenden Straßen Burgstraße, Gartenstraße) bis zu einer Investitionshöhe von maximal 1.270.000 €
c) Einrichtung eines Verfügungsfonds bis zu einer Investitionshöhe von maximal 100.000 €
d) Quartiers-, Innenstadtmanagement bis zu einer Höhe von maximal 120.000 €
e) Beschilderungssystem bis zu einer Höhe von maximal 100.000 €
f) Öffentlichkeitsarbeit & Präsentation bis zu einer Höhe von maximal 75.000 €
g) Umgestaltung Wilhelmstraße bis zu einer Investitionshöhe von maximal 620.000 €
h) Umgestaltung Münsterstraße bis zu einer Investitionshöhe von maximal 270.000 €
i) Umgestaltung Kleine Münsterstraße bis zu einer Investitionshöhe von maximal 240.000 €
j) Umgestaltung Langenbrückenstraße bis zu einer Investitionshöhe von maximal 275.000 €

Die Umsetzung der Teilbausteine a) bis j) soll in mehreren zeitlichen Abschnitten erfolgen.
Der als Anlage beigefügte Zeitplan (einschließlich Finanzierungsaufstellung) wird zur Kenntnis genommen
Der von der Stadt zu tragende Eigenanteil für die Umsetzung der o.g. Maßnahmen wird auf einen Höchstbetrag in Höhe von 3.664.000 € beschränkt.
Über die konkrete Durchführung der einzelnen Maßnahmen wird entschieden, sobald eine detaillierte Ausführungsplanung (einschließlich konkretisierter Kostenschätzungen) vorliegt.

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	0

TOP 2) Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Neustraße - Gesundheits-Campus"
Vorlage: FB 3/154/2015

Stv. Dr. Waldt erklärt sich für diesen Tagesordnungspunkt für befangen und nimmt darauf im für die Zuschauer vorgesehenen Bereich Platz.

Stv. Grundmann erklärt, dass der Beschluss aus dem Ausschuss für Klimaschutz, Energie, Planung und Stadtentwicklung sicherlich zunächst sehr gut für die Stadt Lüdinghausen sei, gleichzeitig aber noch einige ausstehende Fragen bestehen würden.
Insbesondere interessiert sich Stv. Grundmann dafür, wie viele Stellplätze für welche Einrichtungsvariante benötigt werden.
Bürgermeister Borgmann sagt zu, diese Frage an das Krankenhaus aber auch den Investor weiterzuleiten, mit der Bitte, diese zu beantworten.
Stv. S. Havermeier spricht sich dafür aus, den veränderten Beschluss aus dem Ausschuss für Klimaschutz, Energie, Planung und Stadtentwicklung auch hier in den Beschlussvorschlag aufzunehmen und gleichzeitig den Standort „Disselhook“ als dritten Standort mit einfließen zu lassen.
Stv. Kehl erklärt, dass nach seinem Wunsch, die Sporthalle an der Mühlenstraße erhalten bleiben solle, da sonst ein Neubau von Seiten der Stadt errichtet werden müsse.
Zudem weist dieser darauf hin, dass die UWG-Fraktion ein Parkdeck auf dem Areal der Ostwallturnhalle ablehne, sofern nicht gleichzeitig ein Neubau einer Turnhalle garantiert sei.
Stv. Kehl betont zuletzt, dass bei der Ausgestaltung dieses durchaus positiven Projektes nicht der maximale Parkraum von Seiten der Stadt geschaffen werden solle, sondern stattdessen nur der Parkraum zur Verfügung gestellt werden solle, welcher auch zwingend notwendig sei.
Stv. Reichmann stimmt den Ausführungen seines Vorredners zu und stellt fest, dass er selber dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen könne, sofern der mögliche Standort an der Ostwallschule nicht ausgeklammert sei.
Dieser begründet dies damit, dass in seinen Augen mit einer solchen Maßnahme pflegebedürftige und kranke Menschen, Kindern und Familien vorgezogen würde.
Stv. Voss-Uhlenbrock stellt klar, dass bei diesem Projekt dem Investor zwar gewisse Sicherheiten gegeben werden können, diese jedoch nicht mit Garantien vergleichbar seien.
Er fordert zudem, dass die Stadt zunächst keine Gelder in das Projekt investieren solle, sofern nicht entsprechende Gutachten zu den beabsichtigten Maßnahmen der Stadt vorlägen.
Stv. Spiekermann-Blankertz betont, dass dieses Projekt es Wert sei, trotz erfolgter Beratung im zuständigen Ausschuss nochmals inhaltlich zu diskutieren. Er verweist dabei insbesondere auf die noch ungeklärte Situation hinsichtlich der Parkmöglichkeiten.
Bürgermeister Borgmann erklärt, dass die Erweiterung des Beschlusses aus der Sitzung des Ausschuss für Klimaschutz, Energie, Planung und Stadtentwicklung sämtliche Befürchtungen aufnehme, sodass über diese in der nächsten Sitzung beraten werden könne.
Stv. Grundmann ergänzt, dass es wichtig sei, sich mit sämtlichen Fragen auseinander zu setzen, da die in der Öffentlichkeit vorgebrachten Bedenken seines Empfindens nach erheblich seien.
Bürgermeister Borgmann stellt fest, dass über das weitere Prozedere Einigkeit unter den Fraktionen bestehe.
Stv. S. Havermeier erwidert, dass grundsätzlich bezüglich des Projektes Einigkeit bestehe, jedoch nicht hinsichtlich der Parksituation.
Bürgermeister Borgmann betont, dass in der heutigen Sitzung die Fortführung des Projektes beschlossen werden müsse, da ansonsten das Projekt von Seiten des Investors nicht weiterverfolgt werde.
Stv. Suttrup berichtet, dass gemäß seinen Rückmeldungen aus anderen Kommunen die Resonanz für dieses Projekt durchaus positiv sei. Zudem erklärt dieser, dass sich sämtliche

Leute, die sich für das bestehende Krankenhaus in Lüdinghausen aussprechen, auch für eben dieses Projekt aussprechen müssen.

Bürgermeister Borgmann lässt daraufhin über den Beschlussvorschlag aus der Sitzung des Ausschuss für Klimaschutz, Energie, Planung und Stadtentwicklung inkl. der Erweiterung des Prüfauftrages für den Standort „Disselhook“ abstimmen.

Beschluss:
Der Rat beschließt
a) die Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Gesundheitscampus-Neustraße“
b) die öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfes gem. §3 Abs. 2 BauGB.

Die Verwaltung wird beauftragt, dafür unverzüglich die Standorte „Ostwall“, „Alte Turnhalle“ und „Disselhook“ im Detail mit einem Verkehrs-/Parkkonzept näher zu prüfen und einen (ggfs. Vorhabenbezogenen) Bebauungsplan vorzubereiten.

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	2

TOP 3) Wahl eines/einer Beigeordneten
- Durchführung des Ausschreibungsverfahrens
Vorlage: FB 1/404/2015

Stv. Spiekermann-Blankertz regt an, den dritten Punkt (Sie besitzen die Befähigung zum Richteramt oder die durch den Aufstieg oder Prüfung erworbene Befähigung für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst) sowie beim fünften Punkt des Anforderungsprofils das zusätzliche Anforderungskriterium der Leitungsfunktion in der „öffentlichen Verwaltung“ in der Stellenausschreibung zu streichen.
Bürgermeister Borgmann bittet Stv. Spiekermann-Blankertz zu begründen, warum dieser die beiden Punkte aus der Stellenausschreibung gestrichen haben wolle.
Stv. Spiekermann-Blankertz erklärt, dass auf der einen Seite die Befähigung für den gehobenen Dienst aufgrund von gesetzlichen Vorschriften als Anforderung für eine Beigeordneten-Stelle bereits ausreiche. Zudem sei die Streichung der Anforderung, dass der Bewerber bereits Erfahrungen in Leitungsfunktionen der „öffentlichen Verwaltung“ habe, in seinen Augen nicht zwingend notwendig.
Stv. Grundmann ergänzt, dass in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 29. Januar 2015 der Personenkreis von Seiten der Politik durch die Aufnahme der Anforderung „Erfahrung in der Begleitung von kommunalen Bauprojekten“ eingeschränkt wurde.
Laut Stv. Grundmann wolle auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diese Einschränkung durch eine Streichung des Punktes 3 (Sie besitzen die Befähigung zum Richteramt oder die durch den Aufstieg oder Prüfung erworbene Befähigung für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst) entgegenwirken.

Stv. Kehl beantragt daraufhin eine Sitzungspause.
Bürgermeister Borgmann unterbricht daraufhin die Sitzung des Stadtrates um 20:15 Uhr.

Bürgermeister Borgmann eröffnet die Sitzung des Stadtrates wieder um 20:20 Uhr.

Stv. Kehl erklärt, dass die Fraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen und UWG beantragen, dass die Anforderung des Punktes 3 (Sie besitzen die Befähigung zum Richteramt oder die durch den Aufstieg oder Prüfung erworbene Befähigung für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst) im Anforderungsprofil der Stellenausschreibung ersatzlos gestrichen wird.
Bürgermeister Borgmann äußert seine Bedenken dergestalt, dass sich aufgrund der vorgeschlagenen Änderungen qualifizierte Bewerber überlegen werden, ob sie sich überhaupt bewerben.
Bürgermeister Borgmann lässt daraufhin über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen und UWG abstimmen.

Beschluss:
Der Rat beschließt, die Ausschreibung der Stelle eines/einer Beigeordneten der Stadt Lüdinghausen entsprechend dem der Niederschrift als Anlage beigefügten Ausschreibungstextes.

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	13
Enthaltungen:	2

TOP) Bereitstellung von Geldern für die Planung der Tüllinghofer-Straße sowie der Einrichtung der naturwissenschaftlichen Räume in der Sekundarschule

Stv. Möllmann erläutert wiederum die entsprechenden Vorhaben, für die bereits vor Beschluss des Haushaltes Gelder von Seiten des Rates freigegeben werden sollen.
Stv. Spiekermann-Blankertz erklärt sein Einverständnis für die Freigabe der Planungskosten, sofern dies förderlich für die Sekundarschule sei.
Stv. Kehl hält die Maßnahme zwar für Aktionismus, ergänzt aber, dass die UWG-Fraktion diesem Vorschlag dennoch zustimmen werde.
Stv. Mönning mahnt an, dass bereits im Jahr 2008 im Sporthallenentwicklungsplan deutlich war, dass neue Sporthallen in Lüdinghausen benötigt werden und dieser Zeitgewinn mit dem Blick aufs Ganze nur marginal sei.
Bürgermeister Borgmann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:
Der Rat beschließt, die Gelder für die Planung der Turnhalle an der Tüllinghofer Straße sowie der Planung der Ersteinrichtung in den naturwissenschaftlichen Räumen der künftigen Sekundarschule bereits vor Beschluss des Haushaltes freizugeben.

-einstimmig-

TOP 4) Berichte
Keine

TOP 5) Anfragen
Keine

Bürgermeister Borgmann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates um 20:29 Uhr.

_____	_____
Bürgermeister Richard Borgmann	Benedikt Vester
Vorsitzende/r	Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 6. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Lüdinghausen am 24.02.2015

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	

CDU-Fraktion

Austrup, Anke	
Bone, Hildegard	
Holz, Anton	
Höring, Volker	
Merten, Michael	
Möllmann, Bernhard	
Schmidt, Knut	
Schotte, Irmgard	
Schulze Uphoff, Theo	
Steinkamp, Lena	
Suttrup, Thomas	
Vogt, Michael	
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	

SPD-Fraktion

Biehle, Jerome Dr.	
Gernitz, Niko	
Havermeier, Dirk	
Havermeier, Susanne	
Kleyboldt, Josephine	
Spiekermann-Blankertz, Michael	
Steinkuhl, Thomas	
Voss-Uhlenbrock, Hubertus	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Grundmann, Eckart	
Kortmann, Jöran	
Kortmann, Wilhelm	
Mönning, Peter	
Reichmann, Lars	

UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	
Kehl, Markus	
Wannigmann, Josef	
Wischnewski, Susanne	

FDP-Fraktion

Reismann, Günter	
Schäfer, Gregor	

von der Verwaltung

Karasch, Christine	
Trudwig, Ellen	
Tuschmann, Werner	
Vester, Benedikt	

Entschuldigt:

CDU-Fraktion

Horstmann, Heinrich	
Tüns, Dieter	